

Nebrer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 RM.

Schriftleitung: Bülh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Ne 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Stellamittel 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 82

Sonnabend, den 13. Juli 1929

42. Jahrgang

Vereinigten Staaten von Europa! Ein Vorstoß Briands beim Völkerverband?

Paris, 12. Juli.

Die Gerüchte, die von einer Konferenz zur Vorbereitung der Vereinigten Staaten von Europa wissen wollten, finden nunmehr ihre Bestätigung durch Auslassungen des „Deure“, dem man gute Beziehungen zum Außenminister Briand nachsagt. Das Blatt schreibt hierüber:

Am dem Tage, an dem Briand Defferre warnte, nicht in Deutschland anzugehen, sondern in Europa, waren seine Pläne bereits fertig, Europa zusammenzuschließen. Er wollte es zuerst möglichst weitläufig, dann politisch dazu bringen, sich immer für sich selbst und nicht gegen jemanden — gemeint ist Amerika — bemühen zu werden. Zur Verwirklichung dieses seines alten Traumes schied sich Briand jetzt an. Zu seinem großen Plan, der sehr viele und ferne Fragen, besonders die Auslösung und Minderheitenfrage, beinhalten soll, hat Briand jetzt zahlreiche günstige Meinungsäußerungen aller im Völkerverband vertretenen Mächte erhalten, so daß er hofft, seinen Plan im September der Völkerverbandsversammlung in großen Zügen unterbreiten zu können. Gegen Ende des Jahres soll dann eine Konferenz stattfinden, die die erste Grundlage für eine europäische Organisation schaffen soll.

Das „Echo de Paris“, das ebenfalls von einer beratenden Initiative Briands im Sinne der Vereinigten Staaten von Europa spricht, läßt an einem solchen Pläne auffallend lausende Kritik.

Das Blatt begründet Briands Absichten folgendermaßen: Briand sieht die Schwierigkeiten seiner Politik von Locarno und Schöna benachlässigt, zuerst die Räumung, dann eine große Offensive gegen das französische Heer (Abklärung) und gegen die Verbündeten Frankreichs in Mittel- und Osteuropa unter dem Vorwande des Minderheitenrechtes. Zur

Befriedigung zu vieler Gefahren

läßt Briand nicht einmal auf die Unterlegung Englands rechnen. Was wir gewonnen sein werden in Ausführung der von Briand unterzeichneten Verpflichtungen nachzugehen, wird er als ein Opfer, das den edlen Idealen gebracht wird, bezeichnen.

Angere Verbündeten

von Warschau. Frage ist, die durch das Nachgeben der französischen Politik geschwächt wurden, werden den Rat erhalten. Ihre Hoffnung und ihre Stärkung in der europäischen Verflechtung zu finden.

Nur sind der Meinung, so lange im europäischen Staatenkonzert immer noch zwischen Siegern und Besiegten unterscheiden wird, so lange zu diesen Siegern sich sogar Polen, Litauen, Serben und Rumänen rechnen, so lange die angeblich alleinige Kräfte eines Teils als gefährliche Propagandamittel benutzt wird, so lange ein Teil unter seiner untrüglichen Fäulnis leidet, während der andere gerade hieraus blühenden Aufschwung nimmt, so lange die Diktatorverträge Geltung besitzen, das es mit den Vereinigten Staaten von Europa gibt Wege, der weitläufige Heer Briand läßt selber sein Lebenswerk zunächst in einer aufständigen Verflechtungspolitik zu jagen, die nirgendwo tiefergehenden Stadel hinterläßt, und danach zu handeln

Ein großer Tag in Paris.

Poincaré vor der Kammer.

Paris, 12. Juli.

Die Kammerführung, in der Poincaré nochmals alle die Ausführungen, die er vor dem auswärtigen Ausschuss und dem Finanzkommission im Laufe der letzten Zeit gemacht hatte, wiederholen und vertiefen will, begann um 3 Uhr nachmittags. Trotz tropischer Hitze in der Stadt ist es kühl im Palais Bourbon, in dem die Abgeordneten sehr zahlreich versammelt sind. Fast sämtliche Minister sind anwesend. Sofort nach Eröffnung der Sitzung erteilte der Präsident dem Ministerpräsidenten das Wort. Wer erwartet hatte, daß Poincaré mit langsamen Schilderungen der Ereignisse beginnen werde, die zu der kritischen Lage führten, in der sich Land und Regierung wegen der Ratifizierung der Schuldensabkommen befinden, ließ sich angenehm überraschen. Nach wenigen Minuten Worten ging Poincaré bereits auf die einzelnen Fragen ein. Das Haus folgte ihm kühl und kritisch und fragte mit Beifall.

Wahre Mildererprob erob sich mehrfach auf den Wünschen der Linken, doch kam es nicht zu längeren Unterbrechungen.

Poincaré wies zunächst auf den engen Zusammenhluß zwischen den internationalen Schulden einerseits und dem Youngplan andererseits hin. Er warnte vor der Radikalisierung, die niemand verstehen und die ehemaligen Verbündeten Frankreichs aufs schärfste derzerrten würden. Falls die Kammer kein Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung habe, daß diese die kommenden Verhandlungen gut führen werde, sollte sie der Regierung ihr Vertrauen entziehen. Möglich es ihm schwer falle, müße er so verdienenden Bevölkerungsgruppen wie den ehemaligen Frontkämpfern gegenüber, die die Fragen nicht klar erkennen, die Stimme der Vernunft walten lassen.

Die Schulden an Amerika seien anerkannt und seien im Voraus ratifiziert.
Man könne es bedauern, daß eine Vorbehaltsklausel fehle, doch könne man dies nicht mehr ändern, da alle Verträge

in dieser Richtung abgeschlossen seien. Frankreich befände sich dabei in der schlechten Lage wie die übrigen Verbündeten. Dabei habe die Regierung durchaus nicht die Absicht, die Vorbehalte völlig preiszugeben. Wenn sie sie aber in das Gesetz selbst aufgenommen hätte, dann würde die Ratifizierung von Amerika abgelehnt werden. Wenn der Youngplan in Kraft trete, würden die Zahlungen Deutschlands durch Vermittlung der internationalen Bank direkt an Amerika erfolgen.

Außerordentliche Erregung benötigte sich des ganzen Hauses, als Poincaré die Kammer fragte, ob sie sich die Folgen einer eventuellen Ablehnung überlegt hätte. Werde Deutschland, so erklärte Poincaré, nicht sofort etwas Tolgendes erwidern:

Er hat von uns Deutschen eine Verpflichtung über 12 Jahre im Young-Plan verlangt und mit der französischen Verpflichtung begründet, an die Vereinigten Staaten gleichfalls 12 Jahre zahlen zu müssen. Wenn er das Abkommen mit Amerika nicht ratifiziert, dann liegt für uns Deutsche keinerlei Verantwortung vor, uns allein auch gegenüber für 12 Jahre zu binden. Das würde für Deutschland eine völlig neue Lage ergeben, und der Young-Plan wäre gefährdet.

Für den weiteren Verlauf seiner Rede gab Poincaré dann folgende Dispositionen: Er werde zuerst über die Schulden an Amerika, dann über die Schulden an England und schließlich über die Wiederertragungen und den Young-Plan sprechen. Poincaré begann hierauf mit dem ersten Teil seiner Ausführungen.

Arbeit der Organisationsausschüsse.

Deutsche Vertreter schon ernannt.

Berlin, 11. Juli.

Nachdem das Reichskabinett sich in letzter Zeit mehrfach mit der Frage der im Young-Plan vorgesehenen Organisationsausschüsse beschäftigt hat, ist die Entscheidung u. a. auch darüber gefallen, welche Persönlichkeiten Deutschland in die Ausschüsse entsenden will. Ueber die Namen der deutschen Vertreter hilft man sich an zukünftiger Stelle jedoch noch in Schweigen. Da es sich vorwiegend um die Ausarbeitung eingehender Entwürfe über bestimmte technische Fragen handelt, ist zu erwarten, daß die Sachverständigen der beteiligten Ministerien, also des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des Auswärtigen Amtes, den Hauptteil der Arbeiten übernehmen werden.

Neben dem Organisationsauschuss für die Bank für internationale Zahlungen ist von ganz besonderer Wichtigkeit der Organisationsauschuss für die Anpassung der nach dem Dampesplan erlassenen deutschen Gesetze. Dieser Ausschuss wird drei Unterausschüsse haben, die aus je zwei von und je zwei von der nächsten Regierung ernannten deutschen Mitgliedern bestehen soll. Zwei dieser Unterausschüsse werden sich mit den großen Fragen der Unabhängigkeit der Reichsbank bzw. der Unabhängigkeit der Deutschen Reichsbankgesellschaft beschäftigen. Der dritte Unterausschuss wird für die im Zusammenhang mit den Treuhändern vorzunehmende Anpassung des Systems zu sorgen haben, nach dem die für die Damesanleihe bestellten Sicherheiten verpfändet werden.

Neue Unterredung Hoelsch-Briand.

Paris, 12. Juli.

Von deutscher amtlicher Stelle in Paris wird folgende Verlaufbarung ausgegeben:

Hofschetter v. Hoelsch hatte mehrere Unterredungen mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Philippe Berthelot, und mit dem Außenminister Briand. Die Unterredungen dienten der Fortführung der Aussprache über die mit der organisatorischen Vorbereitung der Regierungskonferenz zusammenhängenden Fragen.

In der Unterhaltung zwischen dem deutschen Botschafter v. Hoelsch einerseits und dem französischen Außenminister Briand und dem Generalsekretär Berthelot andererseits sind noch einmal alle dieselben Fragen besprochen worden, die bereits zu Beginn der von Hoelsch eingeleiteten eingehenden Unterredungen waren, insbesondere die Zerteilung der bevorstehenden Konferenz in einen politischen Teil und in einen zweiten Teil, der den Arbeiten über den Young-Plan gewidmet sein soll. So hatte es die Reichsregierung richtig befunden, diejenigen Gesichtspunkte, die sie einmal bereits durch Herrn v. Hoelsch hatte vortragen lassen, noch einmal zu wiederholen, um ihnen noch mehr Nachdruck zu verleihen.

Noch immer kein Räumungstermin!

Die Tribut- und Räumungsfrage vor dem Unterhaus.

London, 11. Juli.

Die Tribut- und Räumungsfrage war Gegenstand mehrerer Anfragen im Unterhaus. Schatzkanzler Snowden erklärte, daß die Regierung durch die Annahme der Empfehlungen der Pariser Sachverständigen in ihrer Handlungsfreiheit auf der bevorstehenden Konferenz in keiner Weise gebunden sei. Der Sachverständigenbericht werde gegenwärtig noch sorgfältig geprüft.

Der Kriegsminister gab bekannt, daß in diesem Jahre von der britischen Besatzungsarmee am Rhein keinerlei Wänder durchgeführt werden. Weiter den Räumungszeitpunkt nennt der Minister jeden näheren Hinweis, doch lassen die letzten Erklärungen des Außenministers keinen Zweifel, daß aus der Räumung der deutschen Zivilangestellten in Dienste der englischen Besatzungsarmee zum 1. September nicht ohne weiteres auf den zu diesem Zeitpunkt erfolgenden Abzug der englischen Truppen geschlossen werden kann. Für den völligen Abzug der Engländer kommt der 1. September, wie mehrfach betont wurde, nicht mehr in Frage. Das wahrscheinlichere Räumungsdatum liegt in der Nähe der Weihnachtstzeit.

Es ist unangenehm, daß die englische Regierung für den Fall, daß eine Einigung über die vollständige Räumung nicht erzielt werden kann, Zeit findet, um die damit auch eine Räumung unabhängig von den Besatzungsmaßnahmen durchzuführen.

Räumungsvorbereitungen in der 2. Zone.

London, 11. Juli. Das Reichsvermögensamt erzielte ein Schreiben der französischen Kommandantur, worin Anweisung für den Abtransport von Borräten, Wohnungs- und Bureau-Einrichtungen und sonstigen Material der Besatzung gegeben wird. Es ist dies die erste Mitteilung an eine deutsche Stelle, aus der sich ersehen läßt, daß tatsächlich in der koblentzer Zone Vorbereitungen zur Räumung getroffen werden. Die Borräte und das Material werden nach der dritten Zone geschafft. Dorthin sollen demnächst auch eine Anzahl amtlicher Besatzungsstellen verlegt werden, worauf wohl die Forderungen nach Wohnungsstellen in der dritten Zone zurückzuführen sind. Von der Verlegung von Truppen nach der dritten Zone ist bisher nichts bekannt.

Flottenabrüstung in England.

Bericht der Arbeiterregierung auf das U-Boot- Bauprogramm.

London, 12. Juli.

Die Regierung soll nicht beabsichtigen, das gesamte Flottenbauprogramm der konservativen Regierung durchzuführen. Das Kabinett bräute zurzeit darüber, welche Neubauten gestrichen werden könnten. Ursprünglich habe die Absicht bestanden, das Programm vollkommen aufzugeben. Nur unter Berücksichtigung der Tatsache, daß viele Arbeiter dadurch brotlos werden, habe sich die Regierung entschlossen, ihre erste Entscheidung umzuwidern. Im Augenblick herrsche im Kabinett aber Unebereinstimmung darüber, ob U-Boot-Bauprogramm fallen zu lassen.

In der Kabinettsitzung sei über diesen Punkt bereits verhandelt worden. Im übrigen würde die endgültige Entscheidung der Regierung, das U-Boot-Bauprogramm aufzugeben, eine Geste in der Abrüstungsfrage darstellen, die einen moralischen Einfluß auf die anderen Mächte ausüben würde. Die Liberalen würden die Regierung bei diesem Schritt unterstützen.

Der Nachdruck dieser Feststellungen liegt in dem Bericht auf das U-Boot-Bauprogramm, für den eine Bestätigung abzuwarten bleibt.

Überwachungsanschluß völlig unnötig

... sagt der „Daily Telegraph“.

London, 12. Juli.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ berichtet ergänzend über den Inhalt der französischen Unterredungen, daß, abgesehen von der Einigung über den Zeitpunkt und der Annahme der englischen Forderung auf gleichzeitige Behandlung der politischen wie finanziellen und wirtschaftlichen Fragen, die französische Regierung noch wie vor durchgefordert, wenn auch gleichzeitige Behandlung der politischen und technischen Fragen Sonderbereiche für sich zu gewinnen wolle. Hinter der Ablehnung Londons als Teilungsort verberge sich wahrscheinlich der französische Wunsch, auf diese Weise den Vorstoß der Konferenz zu erhalten.

Der Berichterstatter weist weiter darauf hin, daß, gewissermaßen, in der letzten Note angeführte Anfragen über das einzuschlagende Verfahren auf britischer Seite Widerspruch finden dürften, so wenn man auf französischer Seite die Genfer Entscheidung vom September 1928 als endgültig hinzustellen läßt, als ob es sich um einen Vertrag zwischen Regierungen handele, während es in Wirklichkeit nur ein vorläufiges Übereinkommen sei. England habe auch nicht wie Frankreich die Rheinlandräumung der Endregelung der Kriegenschuldungsfrage und Abwicklung eines Überwachungsanschlusses im Rheinland untergeordnet. Überwachungsanschlüsse in Genf einzusetzen, diese Aufstellung zurückdrücken, oder entscheidenden Widerstand bei der deutschen Reichsfinanzler gefunden. Schließlich habe man sich auf eine unabhängige, aber gleichzeitige Behandlung aller drei Fragen geeinigt. Praktisch sei aber nur die Kriegenschuldungsfrage bisher erörtert worden, so daß

der Genfer Grundlag der Gleichheit nicht genau befolgt worden ist.

Die Rheinlandräumung ist überdies in der Entscheidung als die erste der zu behandelnden Fragen genannt worden. Wie die Anwesenheit aus liegen möge, der Kelloggplan habe nach britischer Ansicht einen neuen Faktor in die Verhandlung der Rheinlands- und Sicherheitsfrage gebracht. Da durch ihn die Friedensmöglichkeit vergrößert würde, müsse er auch die Beweismittel dafür erhöhen, daß der von französischer Seite angebotene Mehrsprachenausgleich vollständig nutzlos sei.

Fortschritte in Brüssel.

Deutsch-belgische Einigung in der Markfrage.

Paris, 12. Juli.

Man rechnet in Brüssel damit, daß falls es nicht zu unvorhergesehenen Zwischenfällen kommt, die Markfrage wahrscheinlich am Sonnabend nach dem Ratsitzungstag geregelt sein wird. Im großen und ganzen ist zwischen Deutschland und Belgien bereits eine Einigung erzielt.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen über das beschlagene deutsche Eigentum dürften noch etwas längere Zeit in Anspruch nehmen.

Wollen über der Ewigen Stadt.

Mussolini und der Papst.

Paris, 12. Juli.

Der „Observateur Romano“ erwiderte auf eine Ankündigung der „Tribuna“, daß der erste Teil der Mussolini-Rede über die Lateranverträge im schicksalhaften Verlaufe liegen werden und daß jeder Papst, jeder Italiener sie kennen und darüber nachdenken müsse, da die einzige echte Quelle des italienischen Gedankens sei.

Der „Observateur Romano“ erinnert dagegen daran, daß der Papst ausdrücklich seine Befähigung verweigert habe, und stellt der „Tribuna“-Ankündigung gegenüber, daß das Organ der katholischen Mission in Mailand wegen eines Kommentars zu diesem Papstbrief, der auch eine Kundgebung echten katholischen Gedankens darstelle, beschlagnahmt worden sei.

Wenn man gehofft habe, daß nach der Ratifizierung der Lateranverträge die Wollen für immer verschwinden würden, so hätte edelmütige Gesinnung eine solche Befähigung über den schmerzlichen Zwischenfall unterlassen müssen. Daran knüpft der „Observateur Romano“ eine Polemik über eine neuerliche und dritte Beschlagnahme des katholischen Organs von Vicenza. Bei dieser Beschlagnahme sei unter anderem die Weitergabe dieses Papstbriefes beanstandet worden.

Behobene Schwierigkeiten.

Neue Handelsvertragsverhandlungen.

Paris, 12. Juli.

Nachdem die Schwierigkeiten in der Frage der Arbeitserleichterung zwischen der deutschen und schicksalhaften Regierung beseitigt sind, werden die deutsch-schicksalhaften Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen, und zwar wird voraussichtlich bereits am 12. Juli eine erste Prüfungsnahme zwischen dem Führer der schicksalhaften Delegation und dem Leiter der handelspolitischen Abteilung des Außenministeriums in Prag, Friedman, und dem deutschen Delegierten, Vortragender Legationsrat Wibel, am Auswärtigen Amt, stattfinden. Nach einer Besprechung über den Arbeitsplan kann damit gerechnet werden, daß die Verhandlungen in nächster Zeit fortgeschritten werden.

In unterrichteten Kreisen wird weiter damit gerechnet, daß namentlich auch die Handelsvertragsverhandlungen mit Österreich zu einem grandiosen Abschluß kommen, und zwar wird nicht, wie bisher, an ein neues Zusatzabkommen, sondern an einen Handelsvertrag im ganzen gedacht. Die deutsch-schicksalhaften Verhandlungen würden insbesondere einen Antriebsfaktor, wenn es in der Zwischenzeit gesungen sollte, mit der polnischen Regierung über den Handelsvertrag einig zu werden. Schließlich rechnet man auch damit, daß im Frühjahr nächsten Jahres die Handelsvertragsverhandlungen mit Rumänien aufgenommen werden können, wenn zwischen Rumänien eine Regelung der Zollfragen vorgenommen hat.

Aus dem Preussischen Landtag.

Der Landwirtschaftsminister über die Ostpreussische.

Berlin, 12. Juli.

Im Preussischen Landtag äußerte sich Landwirtschaftsminister Dr. Steiger zu der Spracher der Ostpreussische für die Mitglieder des Landwirtschaftlichen Verbandes. Er gab eine ausführliche Darstellung der Gründe, die die Reichs- und die Staatsregierung zur Kreditreform veranlaßt hätten, wobei er den Landwirtschaftlichen Verband für die Verbesserung der Ausleihungen verantwortlich machte.

Auf Anfrage der Staatsregierung habe dieser Verband erst am 9. Juli erklärt, daß er die Aufhebung des Postloans angeordnet habe. Wenn die Antwort früher erteilt worden wäre, so hätte die Auszahlung früher erfolgen können. Die Sperre, die im Interesse der ostpreussischen Landwirtschaft notwendig gewesen sei, sei niemand unangenehmer gewesen als der Reichs- und der Staatsregierung.

Bei der Abstimmung über

die Mißtrauensanträge

gegen die preussische Regierung wurde besonders der Ausschuss der Abstimmung gegen Kultusminister Dr. Weder bestritten.

Bei dem Mißtrauensantrag gegen das Gesamtministerium fanden 214 Stimmen der Regierungsparteien gegen 187 Stimmen der Opposition, bei der Abstimmung gegen den Innenminister Gezeß 213 gegen 195 Stimmen. Im Fall Weder gegen die Regierungsparteien 202 Stimmen gegen, die Opposition 146 Stimmen für den Antrag ab.

Der große Unterschied bei dieser Abstimmung wird darauf zurückgeführt, daß bei den Regierungsparteien 214 Gesamtstimmen, die für die Bildung König eintreten, nicht mitklingen, während bei der Opposition die Kommunisten nicht mitklingen, weil sie die Begründung des Mißtrauensantrages gegen Weder ablehnten.

Eine offizielle rumänische Erklärung.

Schicksalische Grundzüge der Politik.

Berlin, 11. Juli.

Die rumänische Gesandtschaft in Berlin teilt auf Grund amtlicher Feststellungen mit, daß die im Ausland verbreiteten Nachrichten über die Eindeutigkeit einer Politikbewegung in Rumänien übertrieben seien, insofern was die Anzahl der Verhafteten, als auch was die Ziele und den Geist der Bewegung anbetreffe.

Es seien nur 28 Verhaftungen vorgenommen worden. Unter den Verhafteten befände sich ein pensionierter Oberstleutnant, zwei Ingenieure, darunter der Sohn des verhafteten Obersten, vier Offiziere niederen Ranges, drei Unteroffiziere, zehn Werkführer und acht Arbeiter der Flugzeugfabrik, in der der Sohn des Obersten angestellt sei. Die Bewegung habe einen nicht ergriffen zu nehmenden schicksalischen Charakter besessen und die Verhaftungen seien vorgenommen worden, weil die Verhafteten einer Verbesserung des Obersten, an einer Verammlung bewilligt teilzunehmen, Folge zu leisten verweigerten. Andere Nachrichten entbehren jeder Grundlage. Die Untersuchung werde weitergeführt und über die Ergebnisse eine neue amtliche Mitteilung veröffentlicht werden.

Aus dem In- und Ausland.

Südbawarischer Einmarsch gegen den Young-Plan. Wien, 12. Juli. Ein starker Einmarsch Südbawariens gegen den Young-Plan steht zu erwarten, da durch ihn der Südbawarier zugespitzter Anteil von 5 v. H. aller deutschen Tributleistungen in Fortfall kommen würde. Die Annahme des Young-Planes bedeute für Südbawarien einen Gesamtverlust von 16 Milliarden Dinar.

Auch Griechenland melde seine Wünsche an. Paris, 12. Juli. Der griechische Gesandte Politis teilte dem französischen Außenminister die Beschwerden Griechenlands über die Forderung seiner Kriegsschiffabgabe durch den Young-Plan mit. Er brachte weiterhin den Wunsch Griechenlands zur Teilnahme an der kommenden Regierungskonferenz zur Kenntnis der französischen Regierung.

Eplonenjäger in der Tschekoslowakei. Paris, 12. Juli. Die Gendarmen in Sena verhaftete unweit von Kalsch auf der Slowakei einen 26jährigen Absolventen der landwirtschaftlichen Mittelschule in Goma in ungarischer Komitat Debreczin, der die Legitimation der Organisation Avante, drei Grenzlandarten, kompromittierende Aufzeichnungen und Anmerkungen sowie zwei verlegte Briefe bei sich hatte. Die schicksalische Behörde hat die strengste Untersuchung eingeleitet.

Die englischen Jollnahmen. London, 12. Juli. Finanzminister Snowden teilte in schriftlicher Beantwortung einer Unterhausfrage mit, daß die Nettoeinnahmen aus dem Mac Kenna, Schatz- und Seidenzölle im Zeitraum vom 1. Mai 1928 bis 31. Mai 1929 folgende Höhe ausweisen: Mac Kenna-Zölle 3 533 000 Pfund, Schatzzölle 2 419 000 Pfund, Seidenzölle 6 089 000 Pfund.

Aus der Umgegend

Metra, 13. Juli.

Stadterobernenjäger. Am Dienstagabend findet im „Masteller“ eine öffentliche Sitzung der Stadterobernenjäger. Die Tagesordnung ist aus der Bekanntmachung in der heutigen Ausgabe des Anzeigers zu ersehen.

„Kinderfest“ — Welch genug Klang und frohe Bedeutung dies Wort in unserer lieben Kindereit hat, ist uns Älteren allen wohl genug bekannt. Daß sich der Schulleiter und das Lehrkollegium auch dies Jahr wieder entschlossen haben, für die Mehrzahl Schulkinder ein Kinderfest zu veranstalten, ist bahnbrechend und sehr zu begrüßen. Wie viele junge Leute, denen es durch Krieg und Nachkriegszeit leider nicht verdroht war, viele solcher schönen Feiern der Kindheit mitzuerleben, hört man noch heute bei öfteren Klagen: Ich habe nur ein, zwei oder — gar kein Kinderfest mitgemacht! Und sie haben somit vermisslich viel der Kindheitsfreude und -Bedeutung eingebüßt. Deshalb der wertvolle Veranstaltung und nicht zuletzt aber auch den Eltern Spenden — es sollen reiche Gaben eingegangen sein — schon heute von dieser Stelle aus den herzlichsten Dank. — Ueber die Festtage und zeitliche Teilung sei noch folgendes mitgeteilt: 1^o, Uhr noon, veranlassen sich die Kinder auf dem Schulplatz. 1^o, Uhr Mittag durch die Stadt. Dann Kaffeepause, an selbige anschließend finden Wettspiele im Schießen und Steinschleichen der großen Kinder und Mädchen statt, währenddem die jüngeren Kinder ihre Spiele zeigen werden. Gegen 4 Uhr wird ein großer Kinderchor mit Instrumentalbegleitung Volkstänze und Kanons singen. Hieran schließt sich das Mundharmonikaorchester der Schule und die Mädchen zeigen Volkstänze. Es wird also an reichhaltigen Abwechslungen nicht fehlen. Möge dem Kinderfest am kommenden Sonntag nun auch der Wettergott mit gutem Wetter recht gnädig sein und dann: „Gülden zu frohem Fest!“

Kino. Für Sonntagabend haben unsere Stadtkinospiele im „Preussischen Hof“ wieder ein großes Programm vorgehen. „Der Flug ins Verderben“ heißt der Hauptfilm, der in seiner Handlung und Ausstattung das Publikum in Spannung halten wird. Der zweite Film, „Geburtsstagsreden“ bietet köstliche humoristische Szenen.

Mädchenball in Wignenburg-Bezirk. Noch ist die hitzige, goldene Zeit, noch sind die Tage der Natur. Wir haben auch ein, wie ich bereit Mit euch zu tun, zu tun. — Mehr kann man gewiß nicht verlangen, und nach einer so herzlichen Einladung dürfte für die Jugend wohl kein Zweifel mehr bestehen, wo es am Sonntag hingehet. — Aber weshalb nur für die Jugend? — Jeder ist herzlich willkommen, auch wenn der Kopf schon angegriffen ist; die jungen Mädchen sehen in erster Linie auf das Herz, und solange das jung ist, wird sein Weiser, willkommen sein.

Kreistag des Kreises Charlottenburg. Der am Dienstag in Kölln abgehaltene Kreistag hat den bisherigen kommissarischen Landrat Böhmman mit 17 gegen 4 Stimmen dem Ministerium für die endgültige Besetzung der Landratsstelle vorgeschlagen. Ferner wurde u. a. ein Antrag zum Bau der Kanalbrücke bei Westende bewilligt. Die Finanzierung dieses Brückenbaues, der auf 41500 RM. veranschlagt ist, geschieht durch die Kulturregulierungsanstalt, die Provinz, den Kreis Charlottenburg und den ebenfalls interessierten Kreis Dierfurt.

Die Ferienonderzüge ausverkauft. Wie von der Reichsbahndirektion mitgeteilt wird, sind für die 20 Ferienonderzüge, die im Laufe der diesjährigen Ferienzeit gefahren werden, sämtliche dem Bezirk Erfurt zur Verfügung gestellten Fahrkarten ausverkauft. Nur zwei Ferienzüge, die nach Wilmshagen gehen sollten, mußten wegen ungenügender Besetzung ausfallen.

Pöhlzettel für die Landjäger. Bei der Amtl. Press. Pressefindung mitteilt, werden die Landjägerbeamten hinsichtlich dem Pöhlzettel ebenfalls ausgeteilt werden. Er ist neben dem Zeugniseintrag und der Wilsse zu trennen und von den betreffenden Beamten nur dann als Dienstmappe zu führen, wenn sie ihren Dienst zu Fuß verrichten. In einem anderen Aufsatz der Minister des Innern, alle Beamten schon jetzt gelegentlich der Dienstvermutungen über den Gebrauch des Pöhlzettel einzugehend unterweisen zu lassen. Der Unterricht an den Landjägerbeamten ist auch auf die Durchführung des Pöhlzettel auszubauen.

Verlängerung der Schongez. Die Schongez für Vitz, Gales und Fahrenshöhe und -hennen wird bis zum 20. September 1929 einschließlich im Interesse der Landbesitzer verlängert. Reibhüter dürfen nur vom 1. September bis 31. Oktober 1929 geflossen werden. Wachten und schicksalische Moorhüter können vom 1. September bis 16. November d. J. geflossen werden. Für Wiber wird die Schongez auf das ganze Jahr 1929 ausgedehnt.

Die gegen Witz gefehte Wache. Statistische Aufzeichnungen in Wippe-Deimold haben ergeben, daß binnen fünf Jahren der Witz ein Schlag: 36 mal in Eiden, 24 mal in Tannen und Fichten, niemals in Buchen, obwohl der ganze Waldbestand des Landes zu drei Vierteln aus Buchen besteht. Die Sicherheit der Buchen gegen Bläulage beruht darauf, daß die Bläulage, welche im Witz sehr reichlich mit Früchten befallen sind, die wie die Bläulagearten einen Anstieg der Luft- und Elektrizität verheißt.

Aufdruck auf Briefumschläge. Die Poststelle der Oberpostdirektion Halle (Saale) teilt folgendes mit: Briefumschläge mit unzulässigen Aufdruck aufbringen: Die Briefe im Jahr 1929. Die Briefe werden heute immer häufiger, bei der Herstellung von Nachrichten die postamtlichen Vorschriften genau zu beachten. Bei unzulässigen und eingeschriebenen Briefsendungen (Wochenblätter sowie Werbeanzeigen) auf die Briefseite und das linke Drittel der Vorderseite der Briefumschläge usw. beschränken. Zu den Verordnungen zählen hierbei Briefe, Druckdrucks, Warenproben, Geschäftsproben, Mitteilungen, Briefpäckchen sowie sonstige Pakete. Die Bestimmungen beziehen sich auch auf Streifenblätter (für Druckdrucks), Zettel (für Warenproben), aufzuflebende Briefumschläge u. dergl. Umschläge usw. mit Aufdrucken, die sich über die ganze Briefseite erstrecken, müssen am oberen Rand der Briefseite einen mindestens 2 1/2 cm breiten freien Raum haben. Dies ist nicht erforderlich, wenn sich auf der Briefseite des Umschlages ein Abdruck befinden oder an anderer Stelle der Briefseite ein entsprechender durch die Briefstempelmechanik mit Aufdrucken und Werbeanzeigen auf der Vorderseite der Briefumschläge etwa 3,5 cm unter dem oberen Rand bleiben. Für Fernschreiber besteht folgende Ausnahme: Umschläge mit einem freien, bis in das linke Drittel der Vorderseite hinreichend freien Raum bis zur Hälfte des Umschlages und in dem Raum oberhalb des freien bis zur Hälfte des Umschlages und in dem Raum oberhalb des freien bis zum linken Drittel des Umschlages mit Werbeanzeigen und Werbeanzeigen bedruckt werden. Die Aufschrift kann in der ganzen Breite des freien Raumes erfolgen.

Rohleien. Am Sonnabend nachmittag wird die Überleitung des freien Sprengbetriebs zum Selbstauslöschbetrieb stattfinden. Damit ist gleichzeitig der ununterbrochene Sprengbetrieb gegeben; Rohleien ist also namentlich Zug und Nacht freigegeben zu erreichen.

Gauschwimmfest. Eine wasserportliche Veranstaltung in dem Ausmaße, wie sie das Gauschwimmfest des Aufschwimmfestes zu werden verspricht, hat Rohleien noch nicht gesehen. Die stark Betätigung bei den Wettkämpfen läßt interessante sportliche Momente erwarten. Großes Interesse wird auch den Springturningen und Wasserpielen entgegengebracht werden. Zudem werden im Schützenverein die Besucher durch Unterhaltungsmusik angenehm unterhalten werden, wobei ein Besuch dieser Veranstaltung besonders empfohlen werden kann. Auch zu dem Begrüßungsabend am Sonnabend sind Gäste herzlich willkommen.

Mannfischeben. Die hiesige Schützenabteilung beschloß in ihrer letzten Generalversammlung in diesem Jahre wieder eine Mannfischeben abzuhalten. Der Vorschlag des Vorstandes, die Veranstaltung auf einen Tag zu beschränken, wurde angenommen und der 25. August als Tag des Schießens festgelegt. Ein Spatenfest wird das Mannfischeben einleiten.

Tagderpaßung. Am Donnerstag fand im „Zehringers Hof“ die Verhandlung der Gemeindevorstände statt. Die dortigen Beschlüsse, die für die Erstellung des Zuzugsloans infolge kommen, betreffen: für die 316 ha große Miedhag 340, 355 und 360 MM, für die 557 ha große Miedhag 770, 800 und 805 MM.

Freudung. Die beiden Straßenteile, von hier nach Walsdorf und Klammung, welche besonders durch den letzten Winter den Besten bekommen hatten, sind mit einer Zerdebe versehen worden. Die Arbeit ist beendet worden und die Straße wird nach Abnahme baldig freigegeben werden.

Wemsdorf. Eine Kommission des Godbanamtes der Regierung zu Merseburg sowie der Landrat des Kreises waren ebenfalls nach hier gekommen, um die Wagnisfrage für den Schulbau des Gesamtschulverbandes Wemsdorf-Göhndorf endgültig zu regeln. Man ließ die beiden früher vorgeschlagenen Pläne fallen und wählte einen Plan, der für beide Gemeinden günstig liegt und auch den Forderungen des modernen Schulbaues entspricht. Er greift unmittelbar an das Mitterdörfer Gehlände nördlich der Bahnhofsline.

Weimar. Kanalarbeiter. Der hier vor wenigen Tagen aus dem Kanalarbeiter getretene junge Mann ist der 19 Jahre alte Zimmermann Remann aus Köln, der vor kurzem aus der Pöhlzettel Waldbrüder entwich. Seit dieser Zeit kreuzte er umher und bestritt seinen Unterhalt durch Gartenarbeiten und Bettelieren. Der unerwünschte Kanalarbeiter wurde ihm nach einem kurzen Arrestensausweis hinter Schloss und Riegel.

Weska. Beginn der Ferienpiele. Wie alljährlich, so haben jetzt wieder die Wöhrer Ferienpiele begonnen, die Hunderten von Kindern Gelegenheit geben, in freier Natur und frischer Waldluft turnerische Übungen mit Gesang und Tanz und bei guter Belohnung abzuhalten.

Berliner Ereignisse.

Die Staatsanwaltschaft im Drow-Prozess.

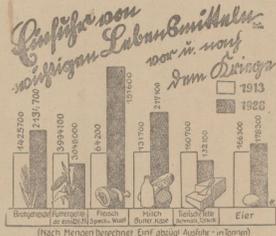
Im Drow-Prozess begannen die Vertreter der Anklage, erster Staatsanwalt Köhler und Staatsanwaltschaftsrat Ebel, ihre Klädoper, an deren Seite Staatsanwaltschaftsrat Pawlowski des Betrages in Tateinheit mit schwerer Urkundenfälschung schuldig zu sprechen und unter Zuhilfenahme der Umstände Drow eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten und Bannstrafe eine solche von fünf Monaten aufzulegen. Der Staatsanwalt beantragte ferner, beiden Angeklagten die Untersuchungshaft von vier Monaten anzurechnen. Er sei der Überzeugung, daß sich Drow und Pawlowski wohl die längste Zeit in Deutschland aufgehalten hätten. Ferner sagte er, daß Drow der Hauptfälscher sei und schwerer bestraf werden müsse als Pawlowski.

Als Welschmeyer in den Tod.

Die Kriminalpolizei wurde in den Grunewald in die Nähe von Dreilinden bei Wannsee gerufen. Dort war die

Leiche eines jungen Mannes aufgefunden worden. Die Anzeigen sprachen zunächst für einen Mord. Die Kommission hat jedoch bei der eingehenden Untersuchung festgestellt, daß der Tote, ein 20jähriger Student Walter Hagemann aus Aachen, der an der Technischen Hochschule in die Selbstmord verübt hat. In Hagemanns Wohnung wurde ein Abschiedsbrief gefunden, in dem er von seinem Vorhaben, Selbstmord zu verüben, Kenntnis gibt. Als Grund bezeichnet er Welschmeyer und Ausschließigkeit des Weiterlebens.

o **Schlechte Kritik.** Dem wegen seines Sarkasmus gefürchteten Kuffstener Naumann nahte sich in einem Salon ein Anfänger, der eben den Fingel mit mehr Dreifigkeit als Geldschilde bearbeitet hatte, und bat um sein Urteil, das heißt sein Lob. Des Prognostikers Hoffnungen wurden übertrübt; denn Naumann sprach lächelnd: „Sie verdienen vor lauter Beethovens zu spielen.“ — „D. Sie schmeicheln“, rief der junge Mann. — „Durchaus nicht“, entgegnete Naumann gelassen. „Sie wissen doch, daß Beethoven taub war.“



Infolge der Abtretung landwirtschaftlich wichtiger Gebiete, ist die Ernährung des deutschen Volkes auf die Zufuhren aus dem Ausland angewiesen.

Öffentliche Sitzung

der Stadtverordnetenversammlung am Dienstag, den 16. Juli 1929, abends 8 1/2 Uhr im „Ratskeller“.

Z Tagesordnung:

1. Einführung, Verlesung und Berechtigung
 - a) des Beschlusses
 - b) der Magistratsmitglieder.
2. Beschlußfassung über Vergütung der Wasserleitungs- und Klempnerarbeiten für den Flachwohnungsbaun.
3. Beschlußfassung über den Ankauf des Schuppen des Seltermeisters Wiefel.
4. Stellungnahme zu einer Abänderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung.

Darauf geschlossene Sitzung.

Nebra, den 11. Juli 1929

Der Stadtverordnetenvorsteher.
gez.: May.

Hartobstverkauf.

Der diesjährige Anhang an **Äpfeln, Birnen u. Pflaumen** der Stadtgemeinde Nebra, der Rittergüter Nebra mit Wippach und Birchtal und des Rittergutes Singst soll **Montag, den 15. Juli 1929, von nachm. 3 Uhr ab im „Schützenhaus“ zu Nebra** unter den im Termin bekanntzumachenden Bedingungen öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung verkauft werden.

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 14. Juli, abends 8 1/2 Uhr:

Der Flug ins Verderben

Ferner: **Geburtstagsfreuden.**

Es ladet freundlich ein **Vorwärt.**

Wer beizeiten spart



erreicht sein Ziel!
Stadtparkasse Nebra
Mündelsicher

Die große illustrierte Halbmonatsschrift **MUSIK UND THEATER** die — überaus reichhaltig und vielseitig illustriert — jedem geistig interessierten und am kulturellen Leben Deutschlands teilnehmenden Menschen unentbehrlich ist!

PROBEHEFT FÜR SIE UNSONS!

Schreiben Sie an: **MUSIK UND THEATER BERLIN NW 3**

Vitzsburg-Preitz

Am Sonntag, den 14. Juli, nachm. von 3 Uhr ab findet unter diesjähriger

Mädchenball

in Preitz statt.

Alle Freunde und Freundinnen von Nah und Fern laden wir freundlichst ein.

Die jungen Mädchen. **Paul Henke, Gastwirt.**



Wolko

der elegante Qualitäts Schuh für Alle
8 75 10 75 12 75 14 75

Hermann Sachse
Schuhmachermeister

Gämtliche Zeitschriften

des In- und Auslandes, auch Versicherungszeitchriften wie:

- | | |
|-------------------------|-----------------------|
| Der Bergfried | Familienhort |
| Das Buch für Alle | Der Hausfreund |
| Für Dich | Land und Leute |
| Der Helfer | Nach Feierabend |
| Deutsche Landw. Zeitung | Schöne Dich |
| Notwende | Bobachs Familienhilfe |
| Sport und Gesundheit | Bohlfahrt |
| Das Blatt der Hausfrau | usw. usw. |

liefert schnell und ohne Aufschlag

Buchhandlung Scharf, Nebra

Stellen-Anzeigen

für den

„Personal-Anzeiger des Daheim“

werden durch unsere Geschäftsstelle ohne Spesenauflage vermittelt.

Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Auflage und der zuverlässigen Interaktion niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 100 Wfg. für die Zeile (= 7 Ztl.) bei Stellenangeboten und nur 75 Wfg. bei Stellengesuchen und für sonst. kleine Anzeigen 120 Wfg. Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Buchdruckerei Wilt. Sauer, Kofleben.

Ohne Reklame kein Geschäft!

Wenn Vater waschen müsste....

kaufte er noch heute eine **Original Miele Waschmaschine**

Zu haben in den einschlägigen Geschäften.

Mielewerke A.G. Gütersloh/Westfalen
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands.

„Original-Eoburgia“, die beste Nähmaschine der Welt. Berufen Sie amerikanischen Design seine Prospekte. Generalvertreter **Otto Hoffmann**, Maschinenhandlung, Querfurt, Telefon 543.

Drucksachen aller Art in geschmackvoller, sauberer Herstellung liefert billigst die **Buchdruckerei W. Sauer Kofleben**

Sehr wichtig für alle Geschäftsleute und Gewerbetreibende!

Wer bei der Steuererklärung keine Differenzen mit dem Finanzamt haben will, der führe das finanzamtlich empfohlene

Universal-Geschäftsbuch

bearbeitet v. Steuerfachmann Ober- und Geheimen Regierungsrat **Singelmann**. Preis RM. 5.50. Zu beziehen von der

Buchhandlung Wilhelm Sauer ROSSLEREN

Zeit

Leipziger Neueste Nachrichten

Größte, bedeutendste einflussreichste, meistgelesene Tageszeitung ganz Mitteldeutschlands

Tages-Auflage über 180.000

Verlag **Edgar Herrfurth & Co. Leipzig G. I., Petersstein 1029/19**

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat:
Bei der Geschäftsstelle und den Wohnstätten 1.10 Mt.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köpcken.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpcken.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpcken Nr. 21. — Postschekkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetell 20 Pf.
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arttern.

Nr 82

Sonnabend, den 13. Juli 1929

42. Jahrgang

Bereinigten Staaten von Europa! Ein Vorstoß Briands beim Völkerverbund?

Paris, 12. Juli.
Die Gerüchte, die von einer Konferenz zur Vorbereitung der Vereinigten Staaten von Europa wiffen wollten, finden nunmehr ihre Bestätigung durch Auslassungen des „Denore“, dem man gute Beziehungen zum Außenminister Briand nachsagt. Das Blatt schreibt hierüber:
„In dem Augen, an dem Briand Schreier warnte, nicht in Deutschland auszugehen, sondern in Europa, waren seine Pläne bereits fertig, Europa zusammenzuschließen. Er wollte es zuerst vielleicht nichtig machen, dann politisch dazu bringen, sich seiner für sich selbst und nicht gegen jemanden — gemeint ist Amerika — bemächtigen zu werden. Zur Verwirklichung dieses seines alten Traumes schied sich Briand jetzt an. Zu seinem großen Plan, der sehr viele und ferne Fragen, besonders die Wirtschaft und Währungsangelegenheiten, betreffen soll, hat Briand jetzt zahlreiche günstige Meinungsäußerungen aller im Völkerverbund vertretenen Mächte erhalten, so daß er hofft, seinen Plan im September der Völkerverbundversammlung in großen Zügen unterbreiten zu können. Gegen Ende des Jahres soll dann eine Konferenz stattfinden, die die erste Grundlage für eine europäische Organisation schaffen soll.
Das „Echo de Paris“, das ebenfalls von einer beratenden Initiative Briands im Sinne der Vereinigten Staaten von Europa spricht, läßt an einem solchen Plane auffallend scharfe Kritik.

Das Blatt begründet Briands Absichten folgendermaßen: Briand sieht die Schwierigkeiten seiner Politik von Locarno und Völkerverbund her, sucht die Räumung, dann eine große Offensive gegen das französische Heer (Abrüstung) und gegen die Verbündeten Frankreichs in Mittel- und Osteuropa unter dem Vorwande des Währungsrechtes.

Zur Befriedigung so vieler Gefahren kann Briand nicht einmal auf die Unterdrückung Englands rechnen. Was wir gewöhnen sein werden in Ausführung der von Briand unterzeichneten Verpflichtungen nachzugehen, wird er als ein Opfer, das den edlen Zwecken gebracht wird, bezeichnen.

Neue Verbindeten
von Warschau, Prag usw., die durch das Nachgeben der französischen Politik geschwächt wurden, werden den europäischen Völkerverbund zu finden.

Wir sind der Meinung, so lange im europäischen Staatenkonferenz immer noch zwischen Siegern und Besiegten unterschieden wird, so lange zu diesen Siegern sich sogar Polen, Tschechen, Serben und Rumänen rechnen, so lange die angeblich alleinige Kriegsschuld eines Teils als geschlossenes Kronzeugenamt herrscht, so lange ein Teil unter überträglichen Vorwänden steht, während der andere gerade hieraus blühenden Aufschwung nimmt, so lange die Diktatorverträge Geltung besitzen, hat es mit dem Vereinigten Staaten von Europa gute Wege. Der vielgeschätzte Herr Briand hat sich sein Lebenswerk aufrecht in einer aufständigen Völkerverbundpolitik zu finden, die nirgends tiefergehenden Schaden hinterläßt, und danach zu handeln.

Ein großer Tag in Paris.

Poincaré vor der Kammer.

Paris, 12. Juli.
Die Kammerführung, in der Poincaré nochmals alle die Ausführungen, die er vor dem auswärtigen Ausschuss und dem Finanzkommissionen im Laufe der letzten Zeit gemacht hatte, wiederholen und vertiefen will, begann um 3 Uhr nachmittags. Trotz tropischer Hitze in der Stadt ist es kühl im Palais Bourbon, in dem die Abgeordneten sehr zahlreich versammelt sind. Fast sämtliche Minister sind anwesend. Sofort nach Öffnung der Sitzung erteilte der Präsident dem Ministerpräsidenten das Wort. Aber er wartete hatte, daß Poincaré mit langatmigen Ausführungen der Ereignisse beginnen werde, die zu der kritischen Lage führten, in der sich Land und Regierung wegen der Ratifizierung der Schuldabkommen befinden, hat sich angenehm enttäuscht. Nach wenigen entzündlichen Worten ging Poincaré bereits auf die einzelnen Fragen ein. Das Ganze folgte ihm kühl und kritisch und fargte mit Beifall.

Sauer Überprüfer erhob sich mehrfach auf den Bänken der Linken, doch kam es nicht zu längeren Unterbrechungen.

Poincaré wies zunächst auf den engen Zusammenhluß zwischen den interalliierten Schulden einverleitet und dem Youngplan hin. Er warnte vor der Abrüstung Ratifizierung, die niemand verstehen und die ohnehin Verbündeten Frankreichs auf schärfste verurteilen würden. Falls die Kammer kein Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung habe, daß diese die kommenden Verhandlungen gut führen werde, sollte sie der Regierung ihr Vertrauen entziehen. Wichtiges ist ihm schwer falls, muß er so wachsenden Bevölkerungsgruppen wie den ohnehinigen Frontkämpfern gegenüber, die die Fragen nicht klar erkennen, die Stimme der Vernunft walten lassen.

Die Schulden an Amerika seien anerkannt und seien im voraus ratifiziert.

Man könne es bedauern, daß eine Vorbehaltsklausel fehle, doch könne man dies nicht mehr ändern, da alle Verträge



auch darüber gefallen, welche Persönlichkeiten Deutschland in die Ausschüsse entsenden will. Ueber die Namen der deutschen Vertreter hilft man sich an zukünftiger Stelle jedoch noch in Schweigen. Da es sich vorwiegend um die Ausarbeitung eingehender Entwürfe über bestimmte technische Fragen handelt, ist anzunehmen, daß die Konferenzenten der beteiligten Ministerien, also des Reichsfinanzministeriums, des Reichswirtschaftsministeriums und des auswärtigen Amtes, den Hauptteil der Arbeiten übernehmen werden.

Neben dem Organisationsauschuß für die Bank für internationale Zahlungen ist von ganz besonderer Wichtigkeit der Organisationsauschuß für die Anpassung der nach dem Dawesplan erlassenen deutschen Gesetze. Dieser Auschuß wird drei Unterausschüsse haben, die aus je zwei von und je zwei von der deutschen Regierung ernannten deutschen Mitgliedern bestehen soll. Zwei dieser Unterausschüsse werden sich mit den großen Fragen der Unabhängigkeit der Reichsbank bzw. der Unabhängigkeit der Deutschen Reichsbank befassen. Der dritte Unterausschuß wird für die im Besonderen mit den Fremdwährungen zusammenhängende Anpassung des Systems zu sorgen haben, nach dem die für die Dawesanleihe besetzten Sicherheiten vermarktet werden.

Neue Unterredung Hoersch—Briand.

Paris, 12. Juli.
Von deutscher ämtlicher Stelle in Paris wird folgende Verlautbarung ausgegeben:

Hochschatler v. Hoersch hatte mehrere Unterredungen mit dem Generalsekretär des französischen Außenministeriums, Philippe Berthelot, und mit dem Außenminister Briand. Die Unterredungen dienten der Fortführung der Aussprache über die mit der organisierten Vorbereitung der Regierungskonferenz zusammenhängenden Fragen.

In der Unterhaltung zwischen dem deutschen Hochschatler v. Hoersch und dem französischen Außenminister Briand und dem Generalsekretär Berthelot andererseits sind noch einmal alle diejenigen Fragen besprochen worden, die bereits zu Beginn der Woche Gegenstand eingehender Unterredungen waren, insbesondere die Anweisung der bevorstehenden Konferenz in einen politischen Teil und in einen zweiten Teil, der die Arbeiten über den Young-Plan gewidmet sein soll. So hatte es die Reichsregierung richtig befunden, diejenigen Gesichtspunkte, die sie einmal bereits durch Herrn v. Hoersch hatte vorbringen lassen, noch einmal zu wiederholen, um ihnen noch mehr Nachdruck zu verleihen.

Noch immer kein Räumungsstermin!

Die Tribuns und Räumungsfrage vor dem Unterhaus.

London, 11. Juli.
Die Tribuns und Räumungsfrage war Gegenstand mehrerer Anfragen im Unterhaus. Schatzkanzler Snowden erklärte, daß die Regierung durch die Annahme der Empfehlungen der Pariser Sachverständigen in ihrer Handlungsfreiheit auf der bevorstehenden Konferenz in keiner Weise gebunden sei. Der Sachverständigenbericht werde gegenwärtig noch sorgfältig geprüft.

Der Kriegsminister gab bekannt, daß in diesem Jahre von der britischen Besatzungsarmee am Rhein keinerlei Manöver durchgeführt würden. Ueber den Räumungsstermin vermied der Minister jeden näheren Hinweis, doch lassen die letzten Erklärungen des Außenministers keinen Zweifel, daß aus der Räumung der deutschen Frontanlagen im Dienste der englischen Besatzungsarmee zum 1. September nicht ohne weiteres auf den zu diesem Zeitpunkt erfolgenden Abzug der englischen Truppen geschlossen werden kann. Für den völligen Abzug der Engländer kommt der 1. September, wie mehrfach betont wurde, nicht mehr in Frage. Das wahrscheinlichere Räumungsdatum liegt in der Nähe der Weihnachtzeit.

Es ist anzunehmen, daß die englische Regierung für den Fall, daß eine Einigung über die vollständige Räumung nicht erzielt werden kann, Zeit findet um die dahin auch eine Räumung unabhängiger von den Besatzungsmaßnahmen durchzuführen.

Räumungsvorbereitungen in der 2. Zone.

Köln, 11. Juli. Das Reichsberndtensamt erhielt ein Schreiben der französischen Kommandantur, worin Anweisung für den Abrüstungsplan von Borräten, Wohnungs- und Bureau-Einrichtungen und sonstigen Material der Besatzung gegeben wird. Es ist dies die erste Mitteilung an eine deutsche Stelle, aus der sich ersehen läßt, daß tatsächlich in der Koblenz Zone Vorbereitungen zur Räumung getroffen werden. Die Borräte und das Material werden nach der dritten Zone geschafft. Dorthin sollen demnach auch eine Anzahl ömtlicher Besatzungsstellen verlegt werden, worauf wohl die Forderungen nach Wohnungsstellen in der dritten Zone zurückzuführen sind. Von der Verlegung von Truppen nach der dritten Zone ist bisher nichts bekannt.

Flottenabrüstung in England.

Bericht der Arbeitregierung auf das U-Boot-Programmm.

London, 12. Juli.
Die Regierung soll nicht beabsichtigen, das gesamte Flottenabrüstungsprogramm der konservativen Regierung durchzuführen. Das Kabinett berate jetzt darüber, welche Neubauten getarnt werden können. Ursprünglich habe die Arbeitregierung beabsichtigt, das Programm vollkommen aufzugeben. Nur unter Berücksichtigung der Tatsache, daß viele Arbeiter dadurch brotlos würden, habe sich die Regierung entschlossen, ihre erste Entscheidung umzuwerfen. Im Augenblick herrsche im Kabinett aber Uneinigkeit darüber, daß U-Boot-Programmm fallen zu lassen.

In der Kabinettssitzung sei über diesen Punkt bereits verhandelt worden. Im übrigen würde die endgültige Entscheidung der Regierung, das U-Boot-Programmm aufzugeben, eine Geiste in der Abrüstungsfrage darstellen, die einen moralischen Einfluß auf die anderen Mächte ausüben würde. Die Vorklären würden die Regierung bei diesem Schritt unterstützen.

Der Nachdruck dieser Feststellungen liegt in dem Bericht auf das U-Boot-Programmm, für den eine Bestätigung abzuwarten bleibt.

Ueberwachungsanschluß völlig unnötig

... sagt der „Daily Telegraph“.

London, 12. Juli.
Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ berichtet ergänzend über den Inhalt der französischen Ultimatum, daß, abgesehen von der Einigung über den Zeitpunkt und der Annahme der englischen Forderung auf gleichzeitige Behandlung der politischen wie finanziellen und wirtschaftlichen Fragen, die französische Regierung noch nie vor durch geordnete, wenn auch gleichzeitige Verhandlungen der politischen und finanziellen Fragen Sonderverträge für sich zu gewinnen habe. Sinkt der Abklärung London als Verhandlungsart verberge sich wahrheitsgemäß der französische Kampf, auf diese Weise den Vorbehalt der Konferenz zu erhalten.

Der Berichterstatter weist weiter darauf hin, daß gewisse, in der letzten Note angeführte Anregungen über das einseitige Verfahren auf britischer Seite Widerspruch finden dürften, so wenn man auf französischer Seite die Genfer Entscheidung vom September 1928 als endgültig hinzustellen laßt, als ob es sich um einen Vertrag zwischen Regierungen handle, während es in Wirklichkeit nur ein vorläufiges Uebereinkommen sei. England habe auch nicht wie Frankreich die Rheinlandräumung der Endregelung der Kriegsentlastungsfrage und Bildung eines Ueberwachungsanschlusses im Rheinland untergeordnet. Briand habe zwar in Genf einerseits versichert, diese Aufstellung durchzuführen, aber entgegenstehenden Widerstand bei den deutschen Reichsfinanzminister gefunden. Schließlich habe man sich auf eine unabhängige, aber gleichzeitige Verhandlung aller drei Fragen geeinigt. Praktisch ist aber nur die Kriegsentlastungsfrage bisher erledigt worden, so daß